

## Antrag

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Schafhaltung mit Naturschutzweidetierprämie unterstützen

Der Landtag stellt fest:

Mit einer Petition hat sich der Bundesverband Berufsschäfer e. V. am 12. April 2018 an die Länderparlamente in Deutschland gewandt, um auf die schwierige wirtschaftliche Situation ihres Berufsstandes aufmerksam zu machen, die immer mehr Schäferinnen und Schäfer zur Betriebsaufgabe zwingt. Die Gründe liegen vor allem in den rückläufigen Preisen für Wolle und Fleisch. Daher fordern die Schäferinnen und Schäfer in der Petition eine Weidetierprämie in Höhe von 38 Euro pro Muttertier und Jahr, die aus der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) finanziert werden soll. Zusätzlich stellt auch die Rückkehr des Wolfs den Berufsstand vor neue Herausforderungen. Allein der Aufbau von Zäunen zum Schutz der Tiere bedeutet einen erheblichen zusätzlichen Kostenaufwand.

Die Haltung von Schafen ist sowohl aus sozio-ökonomischer als auch naturschutzfachlicher und landschaftspflegerischer Sicht für die Erhaltung einer vielseitigen Kulturlandschaft unverzichtbar. Sie prägt schon seit Jahrhunderten unser Landschaftsbild und erbringt Leistungen im Sinne der Öffentlichkeit.

Laut Auskunft des Bundesverbands der Berufsschäfer gab es zwischen 2010 und 2016 wiederum einen Rückgang von 13 Prozent auf insgesamt 989 Betriebe.

Schon ab 2019 könnte die Weidetierprämie auf Grundlage der aktuellen EU-Rechtsverordnungen gezahlt werden. Ausreichend dafür wäre eine Meldung durch die Bundesregierung an die EU-Kommission. Von den 28 EU-Mitgliedstaaten machen bereits 22 Länder von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag:

- dass sich sowohl die Umweltministerinnen, -minister und -senatoren der Umweltsressorts auf der Umweltministerkonferenz (UMK) am 2. Dezember 2016, als auch der Agrarressorts auf der Agrarministerkonferenz (AMK) am 19. Januar 2017 in einem Beschluss dafür ausgesprochen haben, die nationale Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zur Stärkung der Schaf- und Ziegenhaltung zu modifizieren;
- dass die rheinland-pfälzische Umweltministerin zusammen mit den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen auf der UMK am 2. Dezember 2016 die Einführung einer gekoppelten Zahlung für Mutterschafe und Ziegen in der 1. Säule der GAP in Höhe von mindestens 25 Euro/Tier/Jahr gefordert hat;
- die Maßnahmen des Wolfsmanagementplans, den das rheinland-pfälzische Umweltministerium zusammen mit Naturschutzverbänden, Landwirtschaftskammer, Landesverband der Schafhalter/Ziegenhalter und Züchter Rheinland-Pfalz sowie den Jagdverbänden entwickelt hat und auf dessen Grundlage beispielsweise bis zu 90 Prozent der anfallenden förderfähigen Kosten für geeignete Schutzmaßnahmen (u. a. Zaunmaterialien) oder Ausgleichszahlungen bei gerissenen Nutztieren auf Basis des durchschnittlichen Marktwertes geleistet werden, sofern der Wolf als Schadensverursacher nicht auszuschließen ist.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auch weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass für die Weidetierhaltung mit Schafen und Ziegen so bald wie möglich gekoppelte Zahlungen eingeführt werden, um der sehr schlechten wirtschaftlichen Entwicklung für die Berufsschäferinnen und Berufsschäfer entgegenzuwirken;
- sich auch in Zukunft für einen unbürokratischen, fachgerechten und flächendeckenden Herdenschutz einzusetzen;
- die Weidetierhalter auch weiterhin beim Herdenschutz besonders in Form von geeigneten Zäunen, ausgebildeten Herdenschutzhunden, Schulungen und Beratung zu unterstützen.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Pia Schellhammer